

# Pressemitteilung

18. August 2023

Kommunen und Land müssen bei Planung und Umsetzung schneller werden

## Hitzebedingte Todesfälle vermeiden: SoVD fordert Aktionspläne

**Hannover. Mehr als 4.500 Menschen sind laut Robert-Koch-Institut in Deutschland im vergangenen Jahr aufgrund großer Hitze gestorben. Aus Sicht des Sozialverbands Deutschland (SoVD) in Niedersachsen ließe sich das jedoch vermeiden – etwa durch entsprechende Hitzeaktionspläne, mit denen besonders betroffene Menschen geschützt werden können. In Niedersachsens Städten und Gemeinden gibt es jedoch bislang kaum entsprechende Planungen und Strategien.**

In Deutschland kämpfen Menschen vermehrt mit zunehmender Hitze. Besonders gefährdet sind dabei Ältere und Pflegebedürftige sowie Kinder und wohnungslose Personen. Auch Menschen mit geringem Einkommen leiden häufiger unter der Hitze, da sie oft in schlecht isolierten Wohnungen leben. „Bereits vor drei Jahren hat die Konferenz der Gesundheitsminister\*innen darauf hingewiesen, dass Städte und Gemeinden Hitzeaktionspläne entwickeln müssen, um ihre Bürger\*innen zu schützen. In Niedersachsen ist allerdings kaum etwas passiert“, sagt Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Das müsse sich dringend ändern.

„Die Erstellung dieser Pläne muss endlich Fahrt aufnehmen. Das Wetter wartet nicht, bis wir soweit sind. Wir müssen die Risiken für die Betroffenen unbedingt minimieren“, so Sackarendt weiter. Es könne nicht sein, dass es in Niedersachsen noch keine fertigen Strategien gebe. „Hitzebedingte Todesfälle sind definitiv vermeidbar – wenn die Kommunen und das Land jetzt handeln“, betont der niedersächsische SoVD-Chef.

Niedersachsens größter Sozialverband fordert dabei nicht nur ein Konzept, das Informationen zur Vermeidung von Hitzebelastungen beinhaltet. „Das wäre viel zu kurz gegriffen. Hitze in Innenräumen muss durch bauliche Maßnahmen reduziert werden und das medizinische Personal entsprechend weitergebildet werden. Außerdem brauchen wir Maßnahmenpläne für Pflegeheime, Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, Schulen und Kitas“, fordert Sackarendt. Langfristig müsse es eine Stadtplanung geben, die für eine Reduzierung der Hitzebelastung sorgt.